

Saale-Zeitung

Neununddreißigster Jahrgang.

Bezugspreis
Mr. Halle vierteljährlich 2,50 M., bei
jeweiliger Zustellung 2,75 M., durch
die Post 3,25 M., auswärts Zustellungs-
gebühr. Bestellungen werden von allen
Nachbarn entgegengenommen.
Am amtlichen Zeitungsbureau
unter 'Saale-Zeitung' eingetragen
Für unverlangt eingehende Manuskripte
wird keine Gewähr übernommen.
Ständisch nur mit Druckanfrage:
'Saale-Ztg.' gefastet.
Herausgeber der Saale-Ztg. Nr. 2355; der
Redaktion Nr. 2352; Verlagsdirektor:
Hilgenbergstraße (Markt 24) Nr. 2265.

Anzeigen
werden die Contanten oder deren
Raum mit 50 Pfg., welche ein Blatt mit
20 Pfg. berechnet und in der Geschäfts-
stelle, von unfern Annoncenstellen
und allen Annoncen-Expeditionen an-
genommen. Restanten die Seite 75 Pfg.
Erscheint wöchentlich fünfmal;
Sonntags und Montags einmal,
sonst gewöhnlich täglich.
Schriftleitung und Druck-Verlag:
Halle, G. Braubachstraße 17;
Nebengeschäftsstelle: Markt 24.

Nr. 65.

Halle a. d. Saale, Mittwoch, den 8. Februar

1905.

England und die Nordsee.

Der Artur Lee hat sich bereit, eine Erklärung über die
Nede abzugeben, die er am vorigen Freitag abend vor seinen
Wählern in Galtshigh hielt und in der er die Gründe aus-
sagte, welche die englische Admiralität veranlassen, eine
Neuverteilung der Seemacht der britischen Flotte
vorzunehmen. Er teilte, wie schon kurz gemeldet, der Presse
mit, daß man seine Nede falsch wiedergegeben habe. Er
habe gesagt, die britische Flotte müsse für alle Fälle und
Eventualitäten vorbereitet sein, denn man müsse mit jeder
Seemacht als einem möglichen Feinde rechnen. Infolge
der Entwicklung der Seemacht anderer Nationen habe Groß-
britannien jetzt unglücklicherweise mit mehr eventuellen
Feinden zu rechnen als bisher, und während man früher
nur auf den Atlantischen Ozean und das Mittelmeer ein
Auge zu richten brauchte, so müsse man jetzt auch auf die
Nordsee den Blick wenden. Das ist allerdings ganz etwas
anderes als das, was die Wähler am Sonnabend dem
Zustand der Admiralität in den Mund legten. Nur ist
es zu bedauern, daß die Erklärung so spät gekommen, und
der Bericht über die Nede nicht besser redigiert wurde, bevor
er der Presse übergeben wurde.

Am Sonnabend hat die englische Presse, wie bereits
bemerkt, den Vortag ganz mit Schmeicheleien überzogen.
Nachdem aber die Nede in Deutschland ein solches Aufsehen
erregt hat, wird jetzt die Angelegenheit von der gesamten
englischen Presse ausführlich besprochen.

Die 'Times' benutzte natürlich die gute Gelegenheit, um
wieder einmal in ihrer Art auf die Beziehungen Englands
und Deutschlands zueinander zu sprechen zu kommen. Das
Blatt findet es, 'sonstlich', daß die deutschen Zeitungen sich
so sehr über diese Bemerkungen wundern; in England habe
die Nede durchaus kein Aufsehen erregt, und tatsächlich habe
Mr. Lee auch nichts gesagt, was nicht jeder lange geknust
habe. Mr. Lee werde höchst verwundert sein, ein solches
Aufsehen erregt zu haben, was er sicherlich nicht beabsichtigt
habe, denn er habe sich wirklich nicht einbilden können,
etwas Neues zu sagen. Selbst wenn man so empfindlich
sei, wie die Deutschen jetzt, könne man absolut nicht be-
haupten, daß die Vorsichtsmaßregeln, die Großbritannien ge-
griffen, nicht gegen Deutschland als gegen irgend eine andere
Macht gerichtet seien, sondern man habe sich nur gegen einen
möglichst großen Anbruch eines Krieges versehen wollen. Sollte
man annehmen, daß Deutschland einen solchen Krieg vom
Jahre herden werde? Es ist allerdings wahr, daß das 1870
der Fall war, und daß Preußen seit den schließlichen Kriegen
bis 1866 immer wieder dieselbe Angriffspolitik betrieben
habe, aber Preußen habe gelehrige Schüler gefunden, jedoch
man eine solche Politik heutzutage nicht mehr als als speziell
russisch bezeichnen könne. Großbritannien werde nicht an-
gerufen, aber es müsse seine Vorsichtsmaßregeln treffen, denn
nicht nur Englands Zukunft liege auf dem Wasser, sondern
seine Gegenwart und Vergangenheit auch. In Mr. Lees Nede sei nichts, was man als eine
Drohung an die Adresse Deutschlands ansehen könne, und
im übrigen seien in anderen Ländern Neden gehalten worden,
aus denen man viel eher Drohungen herauslesen könne;
man brauche nur an die Kaiserrede von Karl Ludwig
zu denken, und eine Menge anderer Fälle.

Die 'Morning Post' widmet der Angelegenheit ebenfalls
einen Leitartikel, in welchem ausgeführt wird, daß die
britische Flotte aus verschiedenen Gründen so verteilt werden
müsse, wie es nunmehr geschieht, und daß keinerlei Grund
verliege, das als eine Drohung gegen Deutschland auf-
zufassen. Wenn man sich das in Deutschland richtig über-
lege, dann werde man auch zu demselben Schluß kommen
und dann würden sich unangenehme Zwischenfälle wie diese
wohl vermeiden lassen.

Auch der 'Standard' versichert, daß diese Vorsichtsmaß-
regeln gegen jene besondere Macht gerichtet seien, es sei
unbegreiflich, wie die deutsche Presse sich so sehr über die
Aussagen des Lord-Vorles aufregen konnte, der absolut
nichts Deutschlandisches habe sagen wollen. Man könne
in Deutschland die Nede freilich nicht zu verstehen, die Worte
des Staats in England zu verstehen. Gleichzeitig kommt das
Blatt noch einmal auf den neulich veröffentlichten Artikel
des 'Army and Navy Gazette' zu sprechen und versichert
von neuem, daß diese Zeitschrift in keiner Beziehung als
offiziell oder offiziös betrachtet werden könne.

Der 'Daily Graphic' dagegen geht sehr scharf mit Mr.
Lee ins Gericht. Das Blatt meint allerdings, daß die Auf-
regung der deutschen Presse etwas übertrieben sei, aber
mildebewogener ist diese unüberlegte Nede eine der
bedauerlichen. Wenn die Admiralität wirklich an die deutsche
Geltung glaube, dann würde es das richtige sein, wenn die
Sprecher ihren Mund zu und ihre Augen offen hielten. Es
liege aber keinerlei Grund für irgend welche Beschränkungen
vor. Auch die englischen Abendblätter, insbesondere die
einiger liberaler Färbung, sind bemüht, die durch die Nede
Lees in Deutschland hervorgerufene Verwirrung zu be-
schwichtigen. So schreibt die 'Westminster Gazette': Keine
zivilisierte Regierung kann ohne Kampf oder Vorwand sich
der Flotte einer Nachbarmacht bemächtigen, bloß weil diese
hinfort unabweisbar stark werden könnte. Eine britische
Regierung ist die allerletzte, der solche Gewalttaten und un-
sittliche Absicht unterworfen werden darf. Was auch immer
Lees gemeint haben mag mit der Bemerkung, daß die eng-
lische Flotte den ersten Schlag führen werde, noch ehe man
auf der anderen Seite Zeit gehabt habe, die Kriegserklärung
in den Wählern zu lesen — das deutsche Publikum darf
versichert sein, daß er das, was diese Worte sagen, nicht

meinte. Es gibt niemand von irgend welcher Bedeutung
in England, der eine solche Absicht hegt. Wenn Lee dies
so sagen beabsichtigt, würde er nicht Mitglied der Regierung
bleiben können. Wir hoffen, dies wird in Deutschland ver-
standen werden.

Wie dem 'Standard' aus Berlin telegraphiert wird, be-
trachtet das deutsche Ausland die Art der durch die Nede
Lees geschaffenen Zwischenfall mit Ablehnung. Die deutsche
Regierung nimmt angeblich radikallos die Erklärung Lees an,
daß er in seiner Rede beabsichtigt habe, Drohungen gegen
Deutschland auszusprechen oder feindselige Gefühle gegen die
deutsche Regierung zum Ausdruck zu bringen. Zu einer Audienz,
die der englische Botschafter in Berlin, Lascelles, am Sonn-
abend abend beim Kaiser hatte, gab er, der 'Waage' 'Sta-
' zufolge, die Versicherung an, daß das englische Kabinett jede
Verantwortung für die Auslassungen Lees, soweit diese als an-
süßig für Deutschland gedeutet würden, von sich weise. Die
deutsche Regierung wird insbesondere keine förmliche Aufregung
an die englische Regierung richten; die Angelegenheit soll ledig-
lich den Gegenstand freundschaftlicher Verhandlungen zwischen den
Vertretern der deutschen und der englischen Regierung bilden.

Deutsches Reich.

Die Wohnbevölkerung der Bergarbeiter.

Die Bonner Universität hat zu der Aufstufungsfrage
Stellung genommen. Der 'Köln. Bl.' wird nämlich unter
dem 6. d. M. aus Bonn gemeldet:

Zu einem von dem Kurator und von dem Rektor der
Universität, v. Kottgen und Professor Schroers,
sowie zahlreichen Professoren und anderen bedeutenden Persön-
lichkeiten unterzeichneten Aufrufe werden die hiesigen
Bergarbeiter zu Bonn ein für die in hiesigen Bergleuten
im Ruhrgebiet angefordert. In dem Aufrufe wird hervor-
gehoben, daß die Lehren beiföher ohne hinlänglichen Grund
die von der Staatsregierung gemachten Bemittelungsverände-
rungen abgelehnt und dadurch den Streik verlängert hätten. Deshalb
sollten die Arbeiter zur Verringerung der Not der Bergarbeiter-
familien beitragen, wenn auch dadurch die Verdingung des
Streiks hinausgeschoben würde.

Ein nationalliberaler Antrag im Abgeordnetenhaus
erzinkt die Regierung im Mittelweg der Ergrübelung nach Bes-
serung der Verhältnisse der Arbeiterverhältnisse im
Ruhrrevier.

Parlamentarisches.

Der Landtag von Sachsen-Weimar nahm gestern
das Berggesetz entgegen. Die ursprünglichen 290 Para-
graphen des Entwurfs wurden auf 294 erweitert. Ein Antrag
Wattbes-Gieseler, die Staatsregierung zu eruchen, die mit
anderen Staaten getroffenen oder künftigen Schutzmaßregeln für
Bergleute durch Rechtsvorschriften dem Gesetz anzugliedern,
wurde einstimmig angenommen.

Preussischer Landtag.

(Eigener Bericht der 'Saale-Zeitung').

Abgeordnetenhaus.

134. Sitzung vom 7. Febr., 11 Uhr.

Am Ministertisch: v. Wulde u. a.
Die zweite Beratung der Kanalvorlage wird fortgesetzt
bei § 1 Nr. 1: Kanal vom Rhein zur Elbe, Kanalierung der
Vippe und Nebenkanäle 25,750,000 M. Verbunden damit ist
die Beratung über § 2, der die Bestimmungen der beteiligten
Provinzen und anderer öffentlicher Verbände regelt. Gleich-
zeitig wird auch über die Resolution C beraten, die die Re-
gierung erucht, gleichzeitig mit dem Bau des Rhein-Hannoverschen
Kanals 1. für die Verbesserung des Hochwasser der unteren
Ems zu sorgen, 2. auf der Strecke des Dortmund-Ems-Kanals
von Bevergern bis zur Ems den Bau von Schließpforten
vor dem Kanal Rhein-Hannover gewählten Anweisungen zur
Ausführung zu beauftragen.

Abg. Wallbrecht (Mit.) beantragt, in § 1 an Stelle der ge-
forderten 25,750,000 M. für einen Anschlußkanal aus der Gegend
von Wülzburg nach Hannover mit Zweigkanal nach Linden
72 Millionen zu bewilligen und dafür den Anschlußkanal von
Wülzburg auszubauen bis in die Gegend von Hannover mit
Zweigkanal nach Linden, Leine, Silberbeim und Peine, ferner
beantragt er, in § 2 den nicht geordneten Selbstweg der Verkehrs-
und Unterhaltungsarbeiten für den Kanal von Bevergern bis zur
Elbe, den die Provinzen zu zu zahlen haben, auf 1,062,000 M.
zu erhöhen (statt 870,000 M.) und den Vorkostenanteil von
29,350,000 M. auf 51,070,000 M. zu erhöhen.

Abg. Dr. Wolpert (Mit.) erweist die Meinung mehrerer
politischen Freunde seine, glaube ich nicht, daß für mit der
Antrag übernehme. Die meisten Abg. sind von Recht an
unserem gemeinsamen Freund, dem Abg. Dr. Freund, gerichtet hat.
Im Gegensatz zu den gestrigen Ausführungen des Abg. Holz
stehe ich fest, daß die Provinz Hannover an dem Hannoverischen
Stichtische ein großes Interesse hat. Auch dem allgemeinen
volkswirtschaftlichen Interesse entspricht dieser Kanal und man
kann hier seinen eigenen Vorteil, daß die Abwärtenden zu-
nächst erdreht in ihrem Privatgehältern imbehalten und dann
in große Helferlei übergeben. Humanitätliche Mitleid erwidern:
'Unter-Unter!' Redner erwidert die Folgeerwidern des
Rhein-Weier-Kanals für den Dortmund-Ems-Kanal und den
Hafen von Emden. Redner meint, wenn der Dortmund-Ems-
Kanal den vornehmlich mit den nötigen Verkehrsmitteln aus-
gestattet werden würde, würde er eine ganz andere Verkehrs-
entwicklung gehabt haben. Darum legt er mit Freude zu be-
grüßen, daß jetzt an dem Rhein-Weier-Kanal das nationale
Schleppmonopol eingeholt werden soll, das werde auch dem
Dortmund-Ems-Kanal zugute kommen. Dieser Kanal müsse

aber, hauptsächlich auch in Bezug auf die Schienen, so ausgebaut
werden, daß er nicht gegenüber dem Rhein-Weier-Kanal ein
kanal zweiter Klasse erscheine. Die Schienen seien jetzt viel zu
schmal. Ich kam mich nur für den Rhein-Weier-Kanal
erklären.

Abg. v. Eidenburg (Mit.) spricht sich Bedauern darüber aus,
daß gestern Minister Holz in Wülzburg nur in Wülzburg nur
der Abg. Dr. Holz in einer Rede geantwortet habe. Die Abg.
v. Eidenburg hat die Rede keine Veranlassung gegeben habe. (Zurück-
weisung.) (Zurückweisung.) Die Bewegung des Bundes der
Landwirte sei eine viel zu ernsthafte, als daß sie mit solchen
Worten, wie sie der Minister machte, abgelehnt werden könne.
Der Minister habe gestern dem Abg. Holz gegenüber von einem
Zustand gesprochen. Solche Zustände sollte man lieber nicht
gebrauchen, sonst könnte man schließlich zu einem Tone ver-
kommen, der sonst nicht möglich sei. In den Ministerien scheine
noch der Carpathische Geist umzugehen. (Aachen laut.)

Minister Holz von Wülzburg: Was die letzte Behauptung
betrifft, so weiß ich nicht, ob gerade die Einwirkung des Bundes
der Landwirte auf das landwirtschaftliche und das Finanz-
ministerium so groß ist. (Zurückweisung.) Ich kann die Be-
schreibung abgeben, daß weder das landwirtschaftliche Ministerium
noch mein eigenes einer solchen Einwirkung bedürftig hätte.
(Zurückweisung.) Wie wird in der Tat immer für die landwirt-
schaftlichen Interessen eingetreten, auch ohne daß eine solche
Einwirkung des Bundes der Landwirte nötig gewesen wäre.
Der Abg. v. Eidenburg geht von einer solchen Beschreibung
aus. Ich habe nicht mit einem Worte vom Bunde der
Landwirte gesprochen, sondern nur erwidert auf die Be-
hauptung des Herrn Dr. Holz, der erklärt hat, daß die
agrarische Presse Del auf die Wogen geschoben hätte. (Zurück-
weisung.) Nur von der agrarischen Presse habe ich gesprochen. Freie
die Agrarische Presse über die Handelsverträge geäußert. Was ich
genau meine wie er, der würde suchen, daß die agrarische Presse
vielleicht Del auf die Wogen geschoben hätte; in der Deutschen
Zeitungsetzung z. B. würde man seine Aufweisung, sondern nur
Verunglimpfung. Diesen Worten bin ich in aller Weidlichkeit
entgegengetreten. Wie hat sich z. B. der Herr Dr. Holz nach-
her die Presse über die Handelsverträge geäußert? Was ich
vielleicht geäußert habe, ist davon gesprochen, daß sich in der Land-
wirtschaft eine grenzenlose Erbitterung darüber geltend machen
würde. (Spät, laut.) Den verbündeten Regierungen, die Jahre
hindurch unter Überwindung aller Schwierigkeiten dafür ein-
getreten sind, wird der Wohlwille der nötigen Schritt zu ver-
schaffen, wird ins Gedächtnis gelassen, daß die Tätigkeit der
Landwirte keineswegs erbitet. (Zurückweisung.) Der Herr Dr. Holz
hat eine solche Verkennung die Stellung vor der Autorität der
Regierung zu erhöhen in der Lage ist? Im übrigen glaube ich,
ist die ganze Diskussion gegenstandslos, denn ich streue mich,
auch den Ausführungen des Herrn von Eidenburg zu erwidern, daß
er ganz auf demselben Standpunkt liegt wie ich, d. h. daß er
jede Kapitation verurteilt. (Zurückweisung.) Die im Frieden im
Verbe zu gelassen angeht ist. (Zurückweisung.)

Abg. Dr. Schmieding (Mit.) hat der sehr großen Unruhe des
Haupte unüberwindlich scheint ansehenderzugehen, daß auch die
Landwirtschaft für den Rhein-Weier-Kanal leide müsse, da er
ihre Vorteile bringe, und überhaupt für den Kanal ein-
zutreten.

Ein Antrag auf Schluß der Diskussion wird angenommen.
Es folgt die Abstimmung:
Der Kanal Rhein-Weier und die Ergründungsarbeiten am Dort-
mund-Ems-Kanal werden fast einstimmig (Gegenen stimmen nur
einzelne Konserverative) angenommen.
Gleichfalls angenommen gegen die Stimmen des größten
Teiles der Rechten und einiger Zentrumsgliederungen werden
die Kanäle: Wevergern-Weier (Wülzburg) mit Zweigkanal,
der Anschlußkanal Wülzburg-Hannover mit Zweigkanal und der
Vippkanalisierung.

Damit ist der ganze Kanal Rhein-Hannover angenommen.
Einstimmig angenommen wird ferner die Resolution über
Besserung der Landesfiskal. (Zurückweisung.)
Der Antrag Wallbrecht wird gegen die Stimmen der Rechten
und eines Teiles des Zentrums abgelehnt.

Demnach folgt die Debatte über § 1 Nr. 2, § 3, § 4, § 5
und § 6 des Entwurfs, die Resolution C, die sich auf den
Großschiffahrtsweg Berlin-Stettin beziehen.
§ 1 Nr. 2 fordert für den Großschiffahrtsweg Berlin-Stettin
45 Mill. M.

§ 3 enthält die Bestimmungen über die Leistungen der inter-
essierten öffentlichen Verbände (Provinzen usw.).
§ 4 bestimmt, daß, wenn eine massenhafte Beschädigung der
Gewässerbeschaffenheit durch fischleichen Montandindustrie durch die
Großschiffahrt nach Berlin-Stettin erfolgen sollte, Maßnahmen
getroffen werden sollen, die geeignet sind, die vorher vorhanden
gewesene Frachtenbelastung in dem Schiffsverkehr zwischen
den fischleichen Revieren einzustellen und den kontinuierlichen
Verkehr (für England und Stettin gerechnet) andererseits aus-
recht zu erhalten.

Die Resolution B lautet: Die Staatsregierung wird erucht,
bis zum Budgetverfahren des Großschiffahrtsweges Berlin-
Stettin auf der Debatte von Stettin bis zur Vernehmung
neben sämtlichen bestehenden (einmündigen) Schienen zweite,
und zwar Anschließen, anzulegen, ferner die Anlagen der
Stettin durch den Bau eines dritten und, wenn nötig, vierten
Bodens, sowie die Einrichtung der dazu gehörigen Schleusen
bestimmten voll leistungsfähig zu erhalten. Es wird endlich der
Ausbau des bei Duppeln-Soltan angelegten Schleusenwerkes
zu einem Umschlaghafen nach Möglichkeit zu fördern.

Abg. Vogt (Mit.) spricht sich für den Großschiffahrtsweg
Berlin-Stettin aus, trotzdem Bedenken noch nicht vollständig be-
seitigt sind.

Abg. Graf Völckers (Mit.) wünscht insbesondere, es möchten
teil der Bemerkung der Schleusenarbeiten auf dem Kanal
Großschiffahrtsweg zwischen der wichtigsten Landwirtschaft so-
wohl wie möglich beschleunigt werden.

Abg. Holz (Mit.) tritt für die Resolution B ein.
Abg. Wolfowicz (Mit.) hebt in dem Großschiffahrtsweg einen
Anschluß gegen mancherlei Nachteile, die Stettin vor dem
Bau anderer Kanäle, insbesondere des Elbe-Trave-Kanals
geboten habe.
Abg. Vogel (Mit.) (St.) im parlamentarischen Leben gibt es
Momente, in denen besser als die Rede aber gar keine Rede ist.
(Zurückweisung und Beifall.) Ich glaube, daß ein solcher Moment
hier vorliegt (Zurückweisung) und ich werde deshalb keine Rede
halten. (Zurückweisung.) Ich beschwäre mich darauf, daßbar





